

Vor diesem spezifisch landespolitischen Hintergrund, der hier nicht weiter ausgeleuchtet werden kann, erscheint es nur folgerichtig, daß die überwiegende Mehrheit der sächsischen Landesorganisation die Politik des marxistischen Zentrums um August Bebel stets unterstützte (bezogen auf die Reichstagsfraktion sprach Albert Südekum deshalb einmal in einem Brief an Georg von Vollmar von »August und seiner sächsischen Leibgarde vulgo Wohlfahrtsausschuß«¹⁹) und dessen revolutionären Attentismus, bei dem man das wachsende Gefühl politischer Ohnmacht mit dem »Mythos von der Macht der Organisation«²⁰ zu kompensieren suchte, zur perfekten Anwendung brachte. Im Grunde genommen war eine solche politische Strategie allerdings ohne realistische Alternative. Denn so stark die Arbeiterbewegung in Sachsen auch sein mochte, in ganz Deutschland war sie zu schwach, um über eine Offensivstrategie die Revolution in Deutschland herbeizuführen.

Der tieferliegende Sinn der Rede vom »Roten Königreich« lag darin, daß sich die Sozialdemokraten im Königreich Sachsen eingerichtet und die gesellschaftlichen Gegensätze gerade so zugespitzt hatten, um eine politische Spannung zu erzeugen, die zwar polarisierte, aber nicht in eine gewaltsame Auseinandersetzung um die Macht mündete. Die bodenständige sächsische Sozialdemokratie vermochte es ebensowenig wie die preußische oder süddeutsche, den Gegensatz von sozialökonomischem Fortschritt und politischer Regression aufzuheben; doch stellte das »Rote Königreich« immerhin eine Art vorgezogener Realisierung des angestrebten »Volksstaats« dar. Es eignete sich als Vorbild für den »zähen unablässigen Kleinkrieg«²¹ gegen die geschlossene Front der antisozialistischen Sammlungsbewegung und bot nach dem Fehlschlag der preußischen Wahlrechtskämpfe, der Sprengung des Großblocks in Baden und der Ablösung der SPD-freundlichen Regierung von Podewils in Bayern ein Refugium vor unbequemen Fragen, die sich für eine über die eigenen Möglichkeiten zunehmend desillusionierte und letztlich ohne positive mittelfristige Perspektive dastehende Partei ergaben. Initiativen vom linken oder aktivistischen rechten Flügel, die erstarrende sozialdemokratische Arbeiterbewegung durch den frontalen Konflikt mit dem Staat und der Kirche wieder zu mobilisieren, versandeten in dem auf Bestandserhaltung angelegten Getriebe der Parteiorganisation. Auch die routiniert abgewickelten Wahlrechtskampagnen konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Sozialdemokratie Sachsens trotz ihrer durch das Pluralwahlrecht von 1909 verbesserten politischen Position in der Zweiten Kammer des Landtags allmählich selbst in die Defensive geraten war und unter der von Karl Kautsky empfohlenen Anwendung der »Ermattungsstrategie« inzwischen selbst Ermüdungserscheinungen zeigte.

Die Scheu vor risikoreichen Aktionen stand dabei in einer unmittelbaren Kontinuität der diszipliniert verlaufenden Wahlrechtskämpfe, bei denen eine direkte Konfrontation mit der Staatsgewalt immer dann vermieden wurde, wenn ein Rückschlag für die Organisation befürchtet werden mußte. Und in Sachsen hatte die Sozialdemokratie stets mehr zu verlieren als in anderen Teilen des Reichs. Vor diesem Hintergrund wird es verständlicher, daß sie während der zwei entscheidenden Tage vor der Erklärung des Kriegszustandes am 30. Juli 1914 die Antikriegsbewegung eher dämpfte, als den Versuch unternahm, sämtliche Möglichkeiten auszureizen, um den drohenden Krieg doch noch zu verhindern.

Anders als die Gewerkschaften überwand die sächsische SPD trotz der auch positiven Integrationstendenzen im Bereich der kommunalen Sozialpolitik und Kriegswohlfahrtspflege ihre